

Erfüllung im Ruhestand

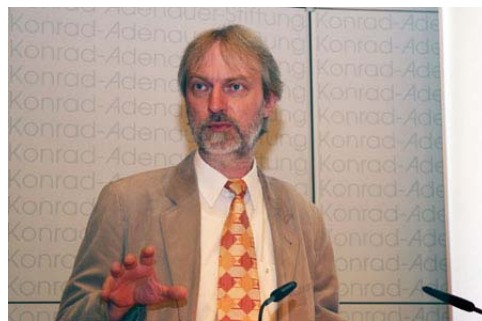
105 Lebensjahre sind die magische Grenze – ab da bekommen die Bürger in Deutschland jedes Jahr einen persönlichen Geburtstagsgruß des Bundespräsidenten. Im Jahr 2007 traf dies auf 443 Menschen zu, zehn Jahre zuvor waren es weniger als die Hälfte. Dies ist nur die Spitze der demographischen Entwicklung, die nicht nur in Deutschland, sondern in vielen westlichen Ländern zu beobachten ist: die Gesellschaft wird älter. Wie die Potenziale der älteren Mitbürger genutzt werden können, damit hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung auf einer Tagung auseinandergesetzt.

„Verantwortungsvoll, lebensfroh, an politischen Prozessen beteiligt“ – diese drei Markenzeichen der Senioren in Deutschland nannte Prof. Dr. Otto Wulff, der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, in seiner Eröffnungsrede. Die demographische Entwicklung sei keine Katastrophe, sondern eine spannende Gestaltungsaufgabe, betonte Wulff. „Auf die Frage, ob das Alter eher Last oder Chance ist, sage ich heute ganz optimistisch: es ist eine Chance“, so der 75-jährige. Allerdings schränkte er ein, dass keine Pauschalurteile möglich seien.



Wulff warnte gleichzeitig vor gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen den Generationen: „Das Thema Altern darf nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Kosten betrach-

tet werden.“ Ein würdiges Dasein im Alter gehöre vielmehr zur grundlegenden Wertorientierung einer Gesellschaft. Ziel der Gesellschaftspolitik müsse es sein, dass die Senioren möglichst lange selbständig leben können. Ein freiwilliges bürgerliches Engagement sei dabei ein möglicher Weg, Erfüllung im Alter zu finden.



Zur Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe im Alter sprach Prof. Dr. Harald Künemund vom Institut für Gerontologie der Hochschule Vechta. „Der Lebensabschnitt „Ruhestand“ umfasst zwischenzeitlich 20 Jahre und mehr, in der Regel bei guter Gesundheit und finanziell abgesichert“, so Künemund. Hier gebe es Potential für bürgerschaftliches Engagement. Dementsprechend sei auch eine immer größere Beteiligung älterer Bürger an ehrenamtlichen Arbeiten zu beobachten. Generell sei dieser Trend stärker im Westen und bei Männern ausgeprägt. Hochrechnungen zufolge leisteten 60- bis 85-jährige jährlich ehrenamtliche Arbeit im Wert von 40 Milliarden Euro. Um diesen Trend auszubauen, müssten Strukturen geschaffen werden. Daneben regte Künemund dazu an, für eine stärkere gesellschaftliche Wahrnehmung zu sorgen und auch qualifizierte Fortbildungsmöglichkeiten für ehrenamtlich engagierte Senioren einzurichten.

Neben der gesellschaftlichen Teilhabe lag ein Schwerpunkt der Tagung auch auf der politischen Mitgestaltung durch Senioren. Die frühere Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Frau Prof. Ursula Lehr, führte dazu zunächst einige Zahlen auf. Demnach sind rund 72 Prozent der EU-Abgeordneten und 55 Prozent der Bundestagsmitglieder über 50 Jahre alt. In die Altersklasse „60+“ lassen sich auf europäischer Ebene immer noch 34 Prozent der Abgeordneten einstufen, in Deutschland 14 Prozent. Daneben sei in der Altersgruppe zwischen 50 und 70 die höchste Wahlbeteiligung in Deutschland festzustellen. In den beiden Volksparteien CDU und SPD ist der Anteil der Parteimitglieder über 60 von einem guten Viertel im Jahr 1990 auf knapp die Hälfte im Jahr 2007 rasant angestiegen. Senioren sind also gut vertreten im politischen Bereich.



Dennoch mahnte Lehr ein Zusammenwirken aller Generationen in der Politik an. „Wo hohe Bordsteinkanten abgesenkt werden, freuen sich nicht nur Senioren mit Rollator, sondern auch Mütter mit Kinderwägen“, betonte die 78-jährige. „Die Potentiale des Alters sollen genutzt, aber nicht ausgenutzt werden“, so Lehr weiter. Sie seien in unterschiedlichem Maß vorhanden. Man könne nicht alleine aufgrund des hohen Alters Menschen eine besondere Kompetenz in verschiedenen Bereichen zusprechen.

Die Wahlexpertin der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Viola Neu, schloss sich mit einem Vortrag über Wählerpotenziale bei älteren Menschen an. „Die Generation 50+ trägt die Bürgergesellschaft“, betonte Neu. Dennoch gebe es auch bei Älteren Politikverdrossenheit und Protest. Laut einer Stu-

die gibt es eine große Zukunftsskepsis in der Altersklasse, gleichzeitig aber auch große Zufriedenheit mit der Arbeit der aktuellen Bundesregierung.



Die Union habe seit 1998 vor allem mit einem Wegbrechen der älteren Wählerinnen zu kämpfen. „Wir müssen weiterforschen, um die Themen zu finden, mit der wir diese wichtige Gruppe ansprechen können“, sagte Neu. Gleichzeitig zeigt sie sich zuversichtlich, dass die Union auch in kommenden Bundestagswahlkämpfen bei den Wählerinnen und Wählern über 60 mehr als 50 Prozent der Stimmen erreichen kann.

In einer Schlussrede fasste Dr. Hermann Kues MdB, der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die wichtigsten Erkenntnisse der Tagung zusammen. „Wir brauchen ein positives Altersbild. Alter ist eine eigenständige Lebensphase, es kann nicht nur Ruhestand sein“, sagte Kues. Christlich-Demokratische Politik gehe dabei von der Befähigung und Eigenverantwortung des Menschen aus. Die Gesellschaft des lebenslangen Lernens gelte auch für Senioren, daher werde eine Flexibilisierung der Altersgrenze angestrebt.



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN

CHRISTIAN ECHLE

24. Juni 2008

www.kas.de

Im christlichen Menschenbild ist auch der Anspruch auf Altern in Würde verankert, betonte Kues. Der Umgang mit Demenzkranken sei daher ein Prüfstein für die Gesellschaft im Umgang mit Altern. Abschließend bilanzierte Kues, dass die Berücksichtigung von Subsidiarität und Solidarität sowie ein positives Altersbild dazu beitragen können, die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu bewältigen. „Vielleicht sind wir dann im internationalen Vergleich so etwas wie Pioniere“, wünschte sich der Christdemokrat zum Abschluss der Tagung.

